

## **Niederschrift**

über die öffentliche Sitzung  
**des Gemeinderats der Stadt Lörrach**  
**am Donnerstag, 17. März 2016**

im großen Sitzungssaal des Rathauses Lörrach, Luisenstraße 16

Anwesend:	Oberbürgermeister Lutz als Vorsitzender Bürgermeister Dr. Wilke
Stadträtinnen und Stadträte:	Bachmann-Ade, Berg, Bernnat, Böhringer, Claassen, Cyperrek, Denzer, Di Prima, Glattacker, Herzog, Höfler, Jaenisch, Kiefer, Kurfeß, Lindemer, Lusche, Martin, Oehler, Pichlhöfer, Roßkopf, Salach (ab 18.00 Uhr), Sa- linas de Huber, Schlecht, Simon, Vogel, Dr. Vogelpohl, Wernthaler, Wiesiollek
Ortschaftsräte/innen:	Di Marco, Haller, Holdermann-Müller, Petersik, Reina- cher, Rufer, Turowski, Weber
Entschuldigt:	Escher, Heuer, Krämer, Perinelli
Ferner:	Fachbereichsleiterin Baldus-Spingler Fachbereichsleiterin Buchauer Fachbereichsleiterin Neuhöfer-Avdic Fachbereichsleiter Dullisch Fachbereichsleiter Frick Fachbereichsleiter Kleinmagd Fachbereichsleiter Welz (bis 18.00 Uhr) Stellv. Fachbereichsleiter Adams Stellv. Fachbereichsleiter Haasis Stellv. Fachbereichsleiter Hain Frau Gropp Herr Ebner Herr Färber
Urkundspersonen:	Stadträtin Martin und Stadtrat Kiefer
Schriftführung:	Herr Ockenfuß
Beginn:	17.30 Uhr
Ende:	18.55 Uhr

## **TOP 1**

### **Abgabe des kommunalen Grundbuchamtes Lörrach in das zentrale Grundbuchamt beim Amtsgericht Emmendingen - Grundbucheinsichtsstelle**

**Vorlage: 026/2016**

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt die anwesenden Mitglieder des Gemeinderats, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung sowie die Vertreter der Presse. Er führt zunächst kurz in die Thematik der Vorlage ein und erklärt, dass sich die Rahmenbedingungen, auch vor dem Hintergrund technischer Neuerungen, verändert haben.

Bürgermeister Dr. Wilke erklärt, dass die Vorlage bereits im Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales sowie im Hauptausschuss der Stadt Lörrach intensiv vorberaten worden seien. Ab dem 4. Oktober 2016 werde es in Lörrach kein kommunales Grundbuchamt in der jetzigen Form mehr geben. Er bitte alle Bürgerinnen und Bürger darum, noch ausstehende Grundbuchangelegenheiten baldmöglichst zu klären.

Stadträtin Cyperrek wolle klarstellen, dass der Gemeinderat nicht über die Abgabe des Grundbuchamtes entscheide, sondern lediglich von der Abwicklung und der Einstellung eines Grundbuchbeamten in Besoldungsgruppe A 12 Kenntnis nehme. Sie sei von der Diskussion insgesamt irritiert. Die Grundbuchreform an sich sei lange Zeit gelobt worden. Wesentliche Verschlechterungen würden nicht erwartet. Die bisherigen Erfahrungen seien gut. Die Verfahren würden landesweit störungsfrei verlaufen. In Emmendingen könnten sich jedoch hin und wieder Verzögerungen einstellen, da die Belastung zu Beginn sehr hoch sein werde. Sie geht, mit Verweis auf eine Korrespondenz mit dem Justizministerium Baden-Württemberg, auf weitere Aspekte der Grundbuchreform ein, unter anderem auch auf die personelle Ausstattung der Grundbucheinsichtsstellen. Die Fraktion der SPD wolle der Besetzung der Grundbucheinsichtsstelle mit einer Vollzeitkraft zustimmen, da somit der Service für den Bürger aufrechterhalten werden könne. Der Beschlussvorschlag müsste in einer nicht öffentlichen Beratung ergänzt werden. Die Planstelle für die Grundbucheinsichtsstelle solle zunächst nur vorläufig geschaffen werden. Sie wolle wissen, warum sich die in der Vorlage angegebenen Einnahmen und Ausgaben des Grundbuchamtes im Vergleich zu der Beschlussvorlage aus dem Jahr 2012 so wesentlich verändert hätten. Das Grundbuchamt sei in den letzten zehn Jahren finanziell defizitär gewesen. Die Abgabe des Grundbuchamtes sei deshalb aus finanziellen, aber auch aus räumlichen Gründen von Vorteil.

Stadtrat Glattacker gibt an, dass die Fraktion der CDU der Vorlage zustimmen wolle. Die Besetzung der Stelle mit Herrn Kowol sei absolut richtig. Er wolle wissen, ob es organisatorisch möglich sei, Frau Jakobi weiterhin gemeinsam mit Herrn Kowol zu beschäftigen. Das Grundbuchamt sei stets ein Lichtblick im Lörracher Rathaus gewesen.

Stadtrat Werthaler signalisiert die Zustimmung der Fraktion der Grünen. Eine zunehmende Zentralisierung sei aber kein Allheilmittel. Es gehe darum, guten Service in der Fläche zu erhalten. Eine Umsetzung des bisherigen Personals des Grundbuchamtes dürfe nicht verfrüht erfolgen.

Stadtrat Claassen signalisiert die Zustimmung der Fraktion der Freien Wähler zu der Vorlage. Das Ausmaß der Nachfrage bei der Einsichtsstelle müsse indes abgewartet werden.

Stadtrat Di Prima erklärt, dass die Umsetzung der Grundbuchamtsreform bisher erfolgreich verlaufe. Einige Abläufe konnten schon optimiert werden, bei manchen bedürfe es noch Nachbesserungen. Wichtig sei, dass die Bürgernähe der betroffenen Stellen aufrechterhalten werde. Deshalb sei es auch wichtig, dass die Einsichtsstelle weiterhin mit einer Vollzeitkraft besetzt werde.

Der Vorsitzende äußert, dass die Verwaltung hinsichtlich der Umsetzung der Abgabe optimistisch sei. Mehr Mitarbeiter seien in vielen Bereichen gewünscht, jedoch müsse die Stadt im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten agieren. Es sei wichtig, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des bisherigen Grundbuchamtes bald in anderen Verwaltungsbereichen untergebracht werden können. Er bitte um Verständnis dafür, dass der Service nun etwas eingeschränkt werden müsse. Insgesamt seien gute Lösungen in Sicht. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stünden bei allen Überlegungen im Vordergrund. Die einzurichtende Planstelle könne indes nicht befristet zugewiesen werden. Mit Eintritt Herrn Kowols in den Ruhestand, werde die Verwaltung die Notwendigkeit der Stelle erneut überprüfen.

Fachbereichsleiter Welz gibt an, sich ebenfalls rege mit dem Justizministerium Baden-Württemberg ausgetauscht zu haben. Er erlange wöchentlich Kenntnis darüber, dass sich beim zentralen Grundbuchamt in Emmendingen viele Rückstände bilden. Eine Bürgernähe, wie sie es auf dem Grundbuchamt in Lörrach gegeben habe, werde in Emmendingen nicht etabliert werden können. Er geht im Folgenden auf die Einnahmen und Ausgaben des Grundbuchamtes ein. Die Gebühr von 6,00 Euro für die Erfassung eines elektronischen Grundbuches sei bei weitem nicht ausreichend. Der Städtetag habe sich gegen diese Entscheidung ausgesprochen, jedoch wurde der Betrag in der angegebenen Höhe nicht geändert. Nach seiner Kenntnis seien Auskünfte aus der Grundakte bisher nur über das zentrale Grundbuchamt in Emmendingen zu erhalten.

Der Vorsitzende hält eine weitere Diskussion nicht für zielführend. Er fährt der weiteren Umsetzung optimistisch entgegen. Die Schaffung der Planstelle sei absolut notwendig, solle jedoch zu gegebener Zeit überprüft werden. Durch die Abgabe des kommunalen Grundbuchamtes können wichtige finanzielle und räumliche Ressourcen generiert werden.

Stadtrat Böhringer gibt an, dass die Stadt mit der Abgabe des Grundbuchamtes ein Stück ihres kommunalen Königsrechtes verliere. Der Service werde definitiv an Qualität verlieren. Er beklagt, dass der Gemeinderat nie über die Abgabe des Grundbuchamtes abstimmen konnte.

Der Vorsitzende erklärt, dass es sich bei der Angelegenheit nicht um eine kommunale Entscheidung handle.

Der Gemeinderat fasst sodann einstimmig den folgenden Beschluss:

1. Der Bericht der Verwaltung zu den rechtlichen, organisatorischen und personellen Maßnahmen der Abgabe des Grundbuchamtes wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, beim Justizministerium Baden-Württemberg die Einrichtung einer kommunalen Grundbucheinsichtsstelle nach § 35 a des Landesgesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit zu beantragen.
3. Die Grundbucheinsichtsstelle wird beim Fachbereich Vermessung mit einer Planstelle nach A 12 eingerichtet.

## **TOP 2**

### **Bericht zu Leitbildprozess "Lörrach gestalten.Gemeinsam.", mdl. Bericht;**

Der Vorsitzende führt kurz in die Thematik des Tagesordnungspunktes ein und erklärt, dass der Leitbildprozess nun richtig Fahrt aufnehme und bisher sehr gut verlaufe.

Fachbereichsleiterin Baldus-Spinger legt anhand einer Präsentation den derzeitigen Sachstand des Leitbildprozesses dar (Anlage 1).

Der Vorsitzende bedankt sich für die guten Einblicke in den momentanen Sachstand.

Eine weitere Aussprache erfolgt nicht.

## **TOP 3**

### **Bericht zu Antrag der Fraktion der SPD - "Erinnern statt vergessen", mdl. Bericht;**

Der Vorsitzende führt kurz in die Thematik des Tagesordnungspunktes ein und verweist auf den Antrag der Fraktion der SPD "Erinnern statt vergessen". Man habe bereits erste Erfolge erreicht, beispielsweise die Weiterentwicklung des Volkstrauertages oder die Grabsteinlegung für den von den Nationalsozialisten ermordeten Leo Kakala.

Fachbereichsleiter Frick erläutert sodann die Stellungnahme des Fachbereichs Kultur und Tourismus zu dem Antrag der Fraktion der SPD (Anlage 2).

Der Vorsitzende bedankt sich für den Vortrag. Ein großer Teil von Maßnahmen solle demnach im April beschlossen und umgesetzt werden. Er halte die Einrichtung einer Arbeitsgruppe für sinnvoll. Diese könne sich mit weiteren Maßnahmen, beispielsweise der Aufstellung eines Straßenschildes nach Gurs oder der Einlassung von Stolpersteinen, be-

fassen und entsprechende Empfehlungen abgeben und so das weitere Vorgehen auslösen.

Stadträtin Cyperrek bedankt sich für den Zwischenbericht. Es seien alle Punkte des Antrags der Fraktion der SPD berücksichtigt worden und sie freue sich über die Ergebnisse. Die unterschiedlichen Punkte des Antrags seien erfolgreich abgearbeitet worden. Künftig könne Sie sich auch Stadtführungen in den Ortsteilen vorstellen. Die Lörracher Schulen müssten entsprechende Angebote in dem Bereich wahrnehmen. Sie wünsche sich auch einen Bericht von Herrn Lauble und Herrn Möhring zu den Ergebnissen der Bewerbung der Angebote. Die Fraktion der SPD wolle weiter an dem Thema arbeiten, und bald einen Antrag auf Aberkennung der Ehrenbürgerwürde von Hermann Burte stellen.

Stadtrat Wernthaler bedankt sich für die Vorstellung der Ergebnisse und erklärt, dass er die Einrichtung einer Arbeitsgruppe für sinnvoll erachte. Er regt an, den Gedenkstein an der unteren Villa Aichele neu herzurichten oder umzugestalten. Er halte es für erstaunlich, dass ein Lörracher Gedenkbuch aus den achtziger Jahren noch von sieben nicht jüdischen Opfern ausging und man heute schon von 70 Opfern spreche.

Der Vorsitzende bedankt sich und gibt an, weiter über die Thematik berichten zu wollen.

#### **TOP 4**

#### **Bebauungsplan und Örtliche Bauvorschriften „Belist“ - Beschluss zur erneuten Offenlage**

**Vorlage: 009/2016**

Der Vorsitzende führt zunächst kurz in die Thematik des Tagesordnungspunktes ein und erklärt, dass die Gründe für die erneute Offenlage des Bebauungsplans bereits ausführlich im Hauptausschuss dargelegt worden seien.

Herr Färber erläutert anhand einer Präsentation nochmals die wesentlichen Gründe für die erneute Offenlage des Bebauungsplans (Anlage 3).

Der Vorsitzende bedankt sich für den Vortrag und gibt an, dass die Entwicklungen insgesamt sehr ausgewogen seien.

Stadtrat Simon signalisiert die Zustimmung der Fraktion der SPD sowie des Ortschaftsrates Haagen zu der Vorlage. Das Baugebiet sei sehr wichtig für den Ortsteil Haagen. Es dürfe nichts dem Zufall überlassen werden. Deshalb würden alle nur erdenklichen Gutachten im Rahmen der Offenlage berücksichtigt. Er halte es jedoch für bedenklich, dass das Verfahren so lange gedauert habe.

Stadtrat Kiefer signalisiert die Zustimmung der Fraktion der CDU zu der Vorlage. Neuer Wohnraum sei sehr wichtig für die Stadt. Leider sei nicht auf alle Einwendungen der Bürger in angemessener Weise reagiert worden. Er bitte um eine offene Kommunikation in der Angelegenheit.

Herr Färber erklärt, dass es auf Seiten der Bürgerinitiative GAB Irritationen hinsichtlich des Klimagutachtens gegeben habe. Die Stellungnahme der GAB sei an ein Fachbüro weitergegeben worden. Dieses habe festgestellt, dass die Planungen hinsichtlich Kaltluftabfluss und Verschattung unproblematisch seien.

Stadträtin Kurfeß signalisiert die Zustimmung der Fraktion der Grünen zu der Vorlage. Einige Bürger hätten Bedenken hinsichtlich der neuen Nachbarschaft. Von der Verwaltung sei gegenüber den Bürgern unterschiedlich reagiert worden. Die offene Bebauung sei insgesamt gesehen gut. Die Dichte des Baugebiets sei ebenso zufriedenstellend. Im Stadtteil Vauban in Freiburg sei die Dichte insgesamt höher. Mehrgeschossiger Wohnbau und neue Wohnungen seien sehr wichtig für die Stadt.

Stadtrat Claassen signalisiert die Zustimmung der Fraktion der Freien Wähler zu der Vorlage. Die Bürgerinitiative habe sich in hohem Maße in den Prozess eingebracht. Man müsste sich nun ganz auf die Vermarktung konzentrieren.

Der Vorsitzende lobt das große Engagement der Bürgerinitiative. Zwar könne man nicht allen Wünschen gerecht werden, jedoch habe man im Rahmen der Planungen viele gute Aspekte berücksichtigt.

Im Folgenden äußert sich die Bürgerin Franziska Völker von der Bürgerinitiative GAB zu der Thematik der Vorlage. Die Bürgerinitiative GAB erstrebe weiterhin eine Drehung entsprechender Baukörper, die ohne weitere Einbußen durchgeführt werden könne.

Der Vorsitzende gibt an, dass es einen inhaltlichen Austausch zwischen der Verwaltung und der Bürgerinitiative gegeben habe. Auch auf Seiten der Verwaltung sei fachliche Kompetenz gegeben. Man müsse formale von inhaltlichen Aspekten unterscheiden und jetzt in das Verfahren einsteigen. Es bedürfe jetzt einer Entscheidung. In letzter Instanz gebe es auch noch die Möglichkeit einer gerichtlichen Klärung, was man jedoch vermeiden wolle.

Der Gemeinderat fasst sodann einstimmig den folgenden Beschluss:

1. Der Geltungsbereich ist entsprechend dem Lageplan in Anlage 2 der Vorlage anzupassen.
2. Die Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen erfolgt entsprechend dem Bericht zur formellen Beteiligung.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die erneute Offenlage nach § 3 (2) BauGB und die erneute Beteiligung der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange nach § 4 (2) BauGB durchzuführen.

## **TOP 5**

### **Ausbau der Rebgasse in Lörrach-Stetten**

**Vorlage: 021/2016**

Der Vorsitzende führt zunächst kurz in die Thematik des Tagesordnungspunktes ein.

Bürgermeister Dr. Wilke schildert anhand einer Präsentation die Planungen hinsichtlich des Ausbaus der Stichstraße Rebgasse (Anlage 4).

Nachdem eine kurze Aussprache erfolgt, fasst der Gemeinderat einstimmig den folgenden Beschluss:

1. Vom Bericht der Verwaltung zu den durchgeführten Anliegergesprächen wird Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt den Ausbau der Stichstraße (mittlerer Teil der Rebgasse) vorzubereiten und die Ausführungsplanung zu erstellen.

## **TOP 6**

### **Änderung der Feuerwehrentschädigungssatzung der Stadt Lörrach**

**Vorlage: 011/2016**

Der Vorsitzende führt zunächst kurz in die Thematik des Tagesordnungspunktes ein.

Bürgermeister Dr. Wilke erklärt, dass man durch den Beschluss einen Bürokratieabbau erreiche. Das Verfahren der Gewährung von Kleidergeld werde deutlich vereinfacht. Hierfür müsste die Feuerwehrentschädigungssatzung der Stadt Lörrach geändert werden.

Nachdem eine kurze Aussprache erfolgt, fasst der Gemeinderat einstimmig den folgenden Beschluss:

1. Der Gemeinderat beschließt, dass § 3 der Feuerwehrentschädigungssatzung der Stadt Lörrach (Kleidergeld) aufgehoben wird.
2. Der entsprechenden Satzungsänderung (Anlage 5) wird zugestimmt.

## **TOP 7**

### **Annahme und Vermittlung von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen gemäß § 78 Abs. 4 Gemeindeordnung Baden-Württemberg Vorlage: 032/2016**

Der Vorsitzende führt zunächst kurz in die Thematik des Tagesordnungspunktes ein.

Nachdem keine weitere Aussprache erfolgt, fasst der Gemeinderat einstimmig den folgenden Beschluss:

Der Annahme bzw. der Vermittlung der dargestellten Zuwendungen wird zugestimmt.

## **TOP 8**

### **Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse und sonstige Bekanntgaben**

Keine.

## **TOP 9**

### **Allgemeine Anfragen**

#### **Erscheinungsbild Bahnhöfe**

Stadträtin Höfler gibt an, dass sich die Bahnhöfe in Lörrach hinsichtlich ihrer Sauberkeit in einem furchtbaren Zustand befänden. Sie bittet um dringende Abhilfe.

Der Vorsitzende gibt an, dass er entsprechende Maßnahmen in Gesprächen mit der Deutschen Bahn anregen wolle.

#### **Brief von Elternvertretern**

Stadträtin Jaenisch wolle wissen, was es mit dem Brief von Vertretern des zukünftigen Gesamtelternbeirats der Lörracher Schulen auf sich habe.

Der Vorsitzende verweist auf die öffentliche Informationsveranstaltung der Stadt am 19. April 2016 in der Aula des Hans-Thoma-Gymnasiums.

#### **Mauer Friedhof Tumringen**

Stadtrat Pichlhöfer erkundigt sich nach dem Sachstand der Sanierung der Friedhofsmauer in Tumringen.

Der Vorsitzende gibt an, dass Bürgermeister Dr. Wilke diese Frage in der kommenden Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales beantworten wolle.

## **Antrag zu Atomkraftwerk Fessenheim**

Stadträtin Cyperrek gibt an, dass die Fraktion der SPD einen Antrag zu der Thematik "Atomkraftwerk Fessenheim" gestellt habe und die Beratung dessen in der kommenden Sitzung des Gemeinderats erwarte.

## **Bundesstraße 317 im Bundesverkehrswegeplan**

Stadträtin Cyperrek wolle wissen, welches weitere Vorgehen die Verwaltung aufgrund der Einstufung des Ausbaus der Bundesstraße 317 als "nicht vordringlicher Bedarf" im Bundesverkehrswegeplan, gerade auch im Hinblick auf die Kreuzung "Hasenloch", anstrebe.

Der Vorsitzende führt aus, dass der vierspurige Ausbau der Strecke in Richtung Schopfheim, inklusive der Kreuzung "Hasenloch", zwar nicht als "vordringlicher Bedarf" berücksichtigt worden sei, man jedoch unabhängig davon eine Planung mit dem Regierungspräsidium vereinbart und diese auch schon in Auftrag gegeben habe.

## **Baumfällungen Hebelpark**

Stadträtin Salach wolle wissen, was mit dem Holz der im Hebelpark gefällten Bäume geschehen ist und ob dieses geschreddert oder den Schulen in Lörrach zur Verfügung gestellt worden sei.

Der Vorsitzende gibt an, dass diese Anfrage zu einem späteren Zeitpunkt von der Verwaltung beantwortet werden solle.

## **Neophyten in Lörrach**

Stadträtin Salach wolle wissen, ob die Stadtgärtnerei in die Bekämpfung von Neophyten in Lörrach mit einbezogen werde und ob die im Bebauungsplan festgeschriebene Pflanzbindung kontrolliert werde.

Der Vorsitzende gibt an, dass Bürgermeister Dr. Wilke diese Frage in der kommenden Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales beantworten wolle.

## **Flagge auf Hotelneubau**

Stadträtin Wiesiollek wolle wissen, was es mit der Beflaggung "Mehr ist fair" auf dem Hotelneubau auf sich habe.

Der Vorsitzende verweist auf momentan stattfindende Tarifverhandlungen.

**TOP 10**  
**Fragestunde der Bürger**

Keine.

**TOP 11**  
**Offenlegungen**

TOP 11.1

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderats der Stadt Lörrach am Donnerstag, 25. Februar 2016;

TOP 11.2

Schreiben des Regierungspräsidiums Freiburg über die Genehmigung der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan der Stadt Lörrach und Wirtschaftspläne für die Eigenbetriebe der Stadt Lörrach für das Haushaltsjahr 2016

**Zur Beurkundung**

Der Vorsitzende:

Urkundspersonen:

Schriftführung: